

THÜRINGER FEUERWEHR-VERBAND e.V.

Den Mitgliedern des



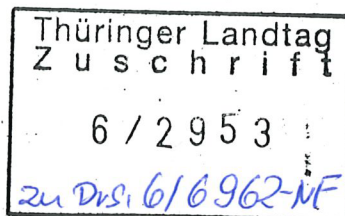
HuFA

Thüringer Feuerwehr-Verband · Magdeburger Allee 4 · 99086 Erfurt

THUR. LANDTAG POST
15.05.2019 11:19

11.05.2019

Thüringer Landtag
Haushalts- und Finanzausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt



Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

hier: Stellungnahme des Thüringer Feuerwehr-Verbandes i. R. d. Anhörung zum Entwurf eines Thüringer Gesetz zur Anpassung der Besoldung und der Versorgung in den Jahren 2019 bis 2021 sowie zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Vorlage 6/5481

Erfurt
15. Mai 2019

Ihre Zeichen/
Ihre Nachricht vom
Drs.- 6/6962 -A 6.1/ap

Unser Zeichen

Sehr verehrte Ausschussmitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Ansprechpartner

wir danken Ihnen für die Beteiligung am Anhörungsverfahren in o. g. Sache.

Durchwahl

Der Thüringer Feuerwehr-Verband begrüßt den Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldung und der Versorgung in den Jahren 2019 bis 2021 grundsätzlich. Weshalb die Stellenzulagen mit den Nummern 3, 4 und 5 der Anlage 8 Tabelle 1 des Thüringer Besoldungsgesetzes nach Anlage 1 Abschnitt II zu den Besoldungsordnungen A und B von der Anpassung ausgenommen sind, erschließt sich uns jedoch nicht. Wie bekannt ist, wurde der bereits in der Vergangenheit vollführte systemische Fehler mit Wirkung vom 01.01.2018 durch eine sprunghafte Korrektur (10,62 % bzw. 11,38 %) geheilt. Unserer bisherigen Erwartung folgend empfehlen wir eine Anpassung der o. g. Zulage.

E-Mail

Im Weiteren sehen wir dringenden Bedarf existierende Probleme bei der Besoldung der Notfallsanitäter und gleichsam bei den Anwärtern in den feuerwehrtechnischen Laufbahnen zu lösen.

Mit der Einführung des Berufs „Notfallsanitäter“ wurden die Rettungsdienste in Deutschland qualitativ aufgewertet. Diesem Umstand Rechnung tragend haben die Tarifparteien des öffentlichen Dienstes sowie der sonstigen Durchführenden ihre Tarifwerke angepasst. Anders gestaltet sich die Situation bei den kommunalen Arbeitgebern, welche den Rettungsdienst mit feuerwehrtechnischen Beamten durchführen oder Integrierte Leitstellen betreiben.

Gefördert von der:



Geschäftsstelle:
Magdeburger Allee 4
99086 Erfurt
Tel. (03 61) 55 18 - 300
Fax (03 61) 55 18 - 301
info@thfv.de
www.feuerwehr-thueringen.de

Amtsgericht Erfurt:
VR 160048

Bank:
Sparkasse Mittelthüringen
IBAN:
DE47 8205 1000 0130 0187 67
BIC:
HELADEF1WEM

Wie bekannt ist, beschränkt sich die Laufbahn des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes auf nur drei Besoldungsgruppen. Diese Beschränkung ist für die Zuordnung der entsprechenden Tätigkeitsfelder im klassischen Feuerwehrdienst aus hieriger Sicht auch ausreichend. Um künftig die Eingruppierung der Beamten mit regelhaftem Bezug zu den mit der Laufbahn des feuerwehrtechnischen Dienstes verbundenen Aufgaben zu ermöglichen und nicht wegen der höher zu bewertenden Verantwortung – welche durch Notfallsanitäter in den Feuerwehren unbestritten zu tragen ist – irrational zu bewerten, empfehlen wir die Einführung einer tätigkeitsbezogenen Funktionszulage.

Anders als im aktuell zu verfolgenden Trend, bei dem einzelne Arbeitgeber im Rahmen der Gesetzgebung Insellösungen etablieren, empfehlen wir eine einheitliche Lösung für den Freistaat Thüringen. Wir regen daher an, die Anspruchsberechtigung einer Notfallsanitäterzulage in der Anlage 1 zum ThürBesG zu bestimmen. Damit der Tätigkeitsbezug gewahrt bleibt, sollte der Anspruch ab $\frac{1}{8}$ der Aufgabenerfüllung als Notfallsanitäter mit Bezug zur Nettoarbeitszeit gewährt werden, wobei Abwesenheitszeiten nicht anspruchsmindernd wirken sollen.

Als geeignete Zulage erachten wir den hälftigen Betrag der Amtszulage A9 nach Tabelle 2 der Anlage 8 zum ThürBesG. Unter Beachtung der bereits etablierten Lösungsansätze anderer Bundesländer sind wir von unserem Vorschlag zur Einführung einer Notfallsanitäterzulage im besonderen Maß überzeugt.

Zur künftigen Gewinnung von ausreichend qualifiziertem und geeignetem Personal im feuerwehrtechnischen Dienst muss das Besoldungsrecht hinterfragt werden. Gerechtfertigt sind Anwärterbezüge sicherlich bei „Beamtenlehrlingen“ (Polizei, Verwaltungsbeamte, ...), also reinen Schulabgängern.

Wir möchten an dieser Stelle jedoch darauf verweisen, dass alle Bewerber/-innen für die Laufbahnen des feuerwehrtechnischen Dienstes – aus gutem Grund – entweder in einem geeigneten Beruf ausgebildet – und regelhaft bereits eine dreijährige Gesellenzeit absolviert haben sollen – oder ein geeignetes Studium nachweisen müssen, um überhaupt in die Auswahl zu kommen. Daher schlagen wir vor, dass die Ausbildungsvergütung dem Eingangsamt der jeweiligen Laufbahn angeglichen wird.

Die Anwendbarkeit des § 52 ThürBesG bei Gewinnungsproblemen geeigneter Bewerber/-innen ist uns bekannt und rechtlich unbestritten. Jedoch führt der formulierte ministerielle Vorbehalt in Verbindung mit dem üblichen zeitlichen Ablauf bei der Gewinnung geeigneter Bewerber/-innen für den Vorbereitungsdienst der je-

weiligen feuerwehrtechnischen Laufbahnen zu der regelhaften Nichtanwendbarkeit. Das Paradoxon besteht schlicht in dem Zeitpunkt, zu dem die Diskrepanz notwendigen geeigneten Bewerber zu der Zahl der tatsächlich geeigneten Bewerber festzustellen ist. Erfahrungen, welche nicht kurzweilig sind, bestätigen hier im besonderen Maß die dauerhafte Notwendigkeit der Steigerung Anwärterbezüge. Meine gesicherten Informationen, dass die Anforderungen an Bewerber in Teilen regelmäßig abgeschwächt werden, bereiten mir Sorgen.

Dem Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Vorlage 6/5481 stimmen wir vorbehaltlos zu und unterstützen diesen ausdrücklich.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Geschäftsführer